Sonderbewilligung zur Offenbarung des Berufsgeheimnisses zu Forschungszwecken im Bereich der Medizin und des Gesundheitswesens

Die Expertenkommission für das Berufsgeheimnis in der medizinischen Forschung,
hat an der Plenarsitzung vom 24. Juni 2009,

gestützt auf Artikel 321^{bis} des Strafgesetzbuches (StGB; SR 311.0);

Artikel 1, 2, 9, 10 und 11 der Verordnung vom 14. Juni 1993 über die Offenbarung
des Berufsgeheimnisses im Bereich der medizinischen Forschung (VOBG;

SR 235.154);

in Sachen *Universitäre Psychiatrische Dienste Bern (UPD), Universitätsklinik für
Psychiatrie, Projekt «Suizidmethoden in der Schweiz: Eine detaillierte Erfassung»*,
betreffend Gesuch vom 25. März 2009 für eine Sonderbewilligung zur Offenbarung
des Berufsgeheimnisses im Sinne von Artikel 321^{bis} StGB zu Forschungszwecken
im Bereich der Medizin und des Gesundheitswesens,

verfügt:

1. Bewilligungsnehmer

- a) Dr. med. Thomas Reisch, Universitäre Psychiatrische Dienste Bern (UPD),
Universitätsklinik für Psychiatrie, wird als verantwortlicher Projektleiter
unter nachfolgenden Bedingungen und Auflagen eine Sonderbewilligung
gemäss Artikel 321^{bis} StGB sowie Artikel 2 VOBG zur Entgegennahme
nicht anonymisierter Daten im Rahmen von Ziffer 2 und 3 erteilt.
- b) Frau med. pract. Astrid Habenstein, Assistenzärztin (Dissertantin) und lic.
phil. Timur Steffen, Psychologe, beide UPD Bern, wird unter nachfolgenden
Bedingungen und Auflagen eine Sonderbewilligung gemäss Artikel 321^{bis}
StGB sowie Artikel 2 VOBG zur Entgegennahme nicht anonymisierter
Daten im Rahmen von Ziffer 2 und 3 erteilt.

Die Bewilligungsnehmer haben eine Erklärung über die ihnen gemäss Artikel 321^{bis}
StGB auferlegte Schweigepflicht zu unterzeichnen und der Expertenkommission
zuzustellen.

2. Umfang der Sonderbewilligung

- a) Soweit die Datenweitergaben das Berufsgeheimnis gemäss Artikel 321
StGB berühren, wird dem zu Verschwiegenheit verpflichteten Personal der
nachstehend aufgeführten Institute für Rechtsmedizin von Zürich, Basel,
St. Gallen, Bern und Chur die Bewilligung erteilt, den Bewilligungsnehmern
gemäss Ziffer 1 Einblick in die bei ihnen vorhandenen Daten von Suiziden-
ten zu gewähren, die in der Zeit zwischen 2004 und 2008 Suizid begangen
haben.

Soweit zusätzlich Daten aus den Krankengeschichten der Suizidenten benö-
tigt werden, deckt die Sonderbewilligung auch solche Einsichtnahmen ab.
Den gemäss Artikel 321 StGB zur Verschwiegenheit verpflichteten Ärztin-
nen und Ärzten von Suizidenten, deren Suizid im Rahmen des Projekts
gemäss Ziffer 3 untersucht wird, wird die Bewilligung erteilt, den Bewilli-

gungsnehmern gemäss Ziffer 1 Einblick in die entsprechenden Krankengeschichten von Suizidenten zu gewähren.

Die Datenbekanntgaben dürfen einzig dem in Ziffer 3 umschriebenen Zweck dienen.

- b) Mit der Bewilligungserteilung entsteht für niemanden die Pflicht zur Datenbekanntgabe.

3. Zweck der Datenbekanntgabe

Die gestützt auf die vorliegende Bewilligung bekannt gegebenen Personendaten, die dem Berufsgeheimnis gemäss Artikel 321 StGB unterstehen, dürfen nur für das Projekt «Suizidmethoden in der Schweiz: Eine detaillierte Erfassung» verwendet werden.

4. Schutz der bekannt gegebenen Daten

Die Bewilligungsnehmer haben die nach den datenschutzrechtlichen Bestimmungen erforderlichen technischen und organisatorischen Massnahmen zu treffen, um die Daten vor unbefugtem Zugriff zu schützen. Die getroffenen Massnahmen haben dem Stand der Technik zu entsprechen.

5. Verantwortlichkeit für den Schutz der bekannt gegebenen Daten

Die Verantwortung für den Schutz der bekannt gegebenen Daten trägt der Projektleiter, Dr. med. Thomas Reisch.

6. Auflagen

- a) Die für das Projekt benötigten Daten sind so bald als möglich zu anonymisieren.
- b) Unberechtigten Personen darf kein Einblick in nicht anonymisierte Daten gewährt werden.
- c) Nicht anonymisierte Daten sind zu vernichten, sobald sie nicht mehr benötigt werden.
- d) Projektergebnisse dürfen nur in vollständig anonymisierter Form veröffentlicht werden, d.h. es dürfen keinerlei Rückschlüsse auf die betroffenen Personen möglich sein. Nach Abschluss des Projektes ist der Expertenkommission ein Exemplar allfälliger Publikationen zur Kenntnisnahme zuzustellen.
- e) Die Bewilligungsnehmer haben die am Projekt beteiligten Ärztinnen und Ärzte über den Umfang der erteilten Bewilligung schriftlich zu informieren. Das Schreiben ist vor dem Versand dem Sekretariat der Expertenkommission zu Händen des Präsidenten zur Kenntnisnahme zuzustellen.

7. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Verfügung kann gemäss Artikel 44 ff. des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (VwVG; SR 172.021) innert 30 Tagen seit deren Eröffnung bzw. Publikation beim Bundesverwaltungsgericht, Postfach, 3000 Bern 14, Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist im Doppel einzureichen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift der beschwerdeführenden Partei oder ihres Vertreters

oder ihrer Vertreterin zu enthalten. Die angefochtene Verfügung und die als Beweismittel angerufenen Urkunden sind beizulegen.

8. Mitteilung und Publikation

Diese Verfügung wird den Bewilligungsnehmern und dem Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten schriftlich mitgeteilt. Das Verfügungsdispositiv wird im Bundesblatt veröffentlicht. Wer zur Beschwerde legitimiert ist, kann innert der Beschwerdefrist beim Sekretariat der Expertenkommission, Bundesamt für Gesundheit, Abteilung Recht, 3003 Bern, nach telefonischer Voranmeldung (031 322 94 94) Einsicht in die vollständige Verfügung nehmen.

20. Oktober 2009

Expertenkommission für das Berufsgeheimnis
in der medizinischen Forschung

Der Präsident: Franz Werro